

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Memet Kilic, Josef Philip Winkler, Volker Beck
(Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/7639 –**

Qualität der Integrationskurse verbessern

A. Problem

Die Antragsteller verfolgen das Ziel, die Teilnahme an den Integrationskursen zu erweitern und deren Kursqualität zu erhöhen.

Die Teilnahme an den Integrationskursen sei in den letzten beiden Jahren erheblich gesunken und zwar sowohl hinsichtlich der erteilten Teilnahmeberechtigungen als auch hinsichtlich der Teilnahme als solcher. Dies sei bedenklich, da der Aufenthaltsstatus maßgeblich von den Deutschkenntnissen abhängig gemacht werde.

Die Kursqualität sei zu verbessern, da nur die Hälfte aller Teilnehmenden das für eine Aufenthaltsverfestigung erforderliche Sprachniveau B1 erreiche. Darüber hinaus sei das jetzige Angebot zur Kurswiederholung unzureichend und das Gehalt der Lehrkräfte unangemessen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/7639 abzulehnen.

Berlin, den 14. Dezember 2011

Der Innenausschuss

Wolfgang Bosbach
Vorsitzender

Reinhard Grindel
Berichterstatter

Daniela Kolbe (Leipzig)
Berichterstatterin

Serkan Tören
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Memet Kilic
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Reinhard Grindel, Daniela Kolbe (Leipzig), Serkan Tören, Ulla Jelpke und Memet Kilic

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/7639** wurde in der 139. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. November 2011 an den Innenausschuss überwiesen.

II. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat den Antrag in seiner 62. Sitzung am 14. Dezember 2011 abschließend beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bemängelt drei Problemfelder auf dem Gebiet der Integrationskurse: Erstens seien die Teilnehmerzahlen erheblich zurückgegangen. Zweitens würden die Kurse unter einer niedrigen Erfolgsquote leiden. Drittens sei die Vergütung der Lehrkräfte unzureichend. Diese Probleme könne man lösen, indem man die Motivation der Teilnahme der Einwanderer zur Teilnahme an diesen Kursen erhöhe. Daneben müsse die Qualität der Kurse gesteigert werden. Im Übrigen müsse die Mindestvergütung der Lehrkräfte auf 24 Euro erhöht werden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** fordert eine Erhöhung der Vergütung der Lehrkräfte auf 30 Euro, wie schon lange von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und den Lehrkräften gefordert. Auch müsse die Festsetzung der Höhe der Vergütung unmittelbar von staatlicher Seite erfolgen. Die im Antrag geforderte Begrenzung der Zulassung auf ein Jahr im Falle einer Unterschreitung der geforderten Mindestvergütung von 24 Euro würde eine Festschreibung der bestehenden mangelhaften Zustände bedeuten. Problematisch sei

auch, dass im Antrag eine Kritik daran fehle, dass die Sprachanforderungen im Aufenthaltsrecht zunehmend als Droh- und Sanktionsmittel genutzt würden.

Die **Fraktion der SPD** hebt hervor, dass sie sich mit den Antragstellern hinsichtlich des Zieles der Verbesserung der Integrationskurse einig sei. Eine Verbesserung der Qualität sei auch deswegen nötig, da derzeit nur knapp die Hälfte der Teilnehmer das B1-Niveau erreichen würden. Die Förderung der Integrationskurse solle um 52 Mio. Euro erhöht werden, was eine Erhöhung der Vergütung von 26 Euro pro Unterrichtsstunde bedeuten würde. Problematisch sei auch, dass die Lehrkräfte oft in die Scheinselbstständigkeit gedrängt würden und dass die ihnen gezahlten Honorare nicht ausreichen würden. Der Antrag gehe zwar in die richtige Richtung, doch zur umfassenden Lösung dieser Probleme wolle man bald einen eigenen Antrag stellen und sich daher momentan enthalten.

Die **Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP** betonen, dass im derzeitigen Bundeshaushalt 224 Mio. Euro für Integrationskurse vorgesehen seien, wobei die Mittel bereits um 6 Mio. Euro aufgestockt worden seien. Daneben sei zum 1. Dezember 2011 der Mindestbetrag der Vergütung von 15 Euro auf 18 Euro angehoben worden. Ein Eingriff in derzeit bestehende Verträge zu den Kursträgern sei schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich. Weiterhin solle Ziel die Erlangung des Sprachniveaus auf B1-Level sein. Grund für den Teilnehmerrückgang sei, dass der Großteil der Alteinwanderer die Kurse bereits besucht habe. Einer erneuten Wiederholung der Kurse seien Grenzen gesetzt, denn man könne nicht Personen, welche den Kurs wiederholt nicht bestehen, wieder und wieder eine erneute Teilnahme finanzieren. Allerdings könne das Lernniveau der Kursteilnehmer homogener sein und die Anschlussförderung verbessert werden.

Berlin, den 14. Dezember 2011

Reinhard Grindel
Berichterstatter

Daniela Kolbe (Leipzig)
Berichterstatterin

Serkan Tören
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Memet Kilic
Berichterstatter

